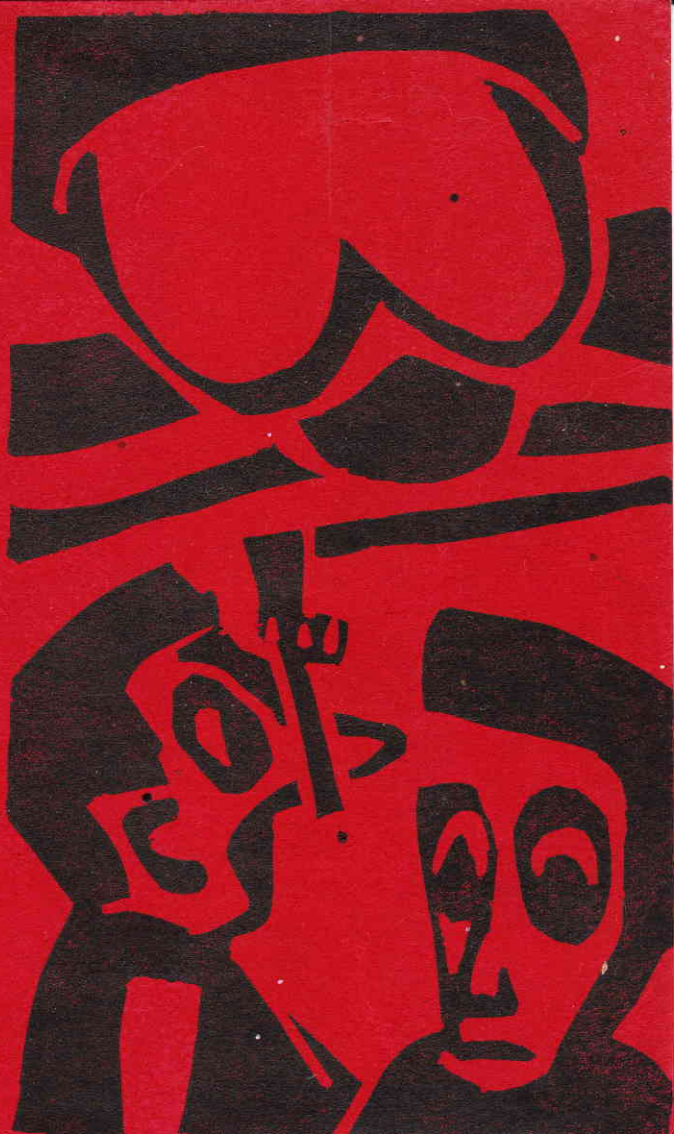


zeitschrift für die
sozialistische jugend deutschland
» die falken «
landesverband berlin
herausgegeben vom
arbeitskreis für publizistik

1 juni 65

radikal



Wir nennen die Zeitschrift nicht deswegen „radikal“, weil wir jugendliche Hitzköpfe sind, denen nichts rasch genug gehen kann, sondern:

Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.

Karl Marx in der Einleitung der
„Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“

Genosse!

Wir wollen mit der Zeitschrift « radikal » einen Ort für geistige Auseinandersetzung schaffen.

Weil wir meinen, daß unsere offiziellen Verbandsvertreter in der Vergangenheit dazu zu wenig getan haben, wollen wir die Diskussion innerhalb unseres Verbandes wieder entfachen.

Neben der Herausgabe einer Zeitschrift werden wir politische Foren und Seminare durchführen, um auch hier dem Landesvorstand zu zeigen, was alles getan werden muß, um das Prädikat « Sozialistische Jugend » zu Recht zu tragen.

Wir wollen mit unserer Arbeit und mit Deiner Unterstützung die unpolitische Haltung vieler Mitglieder beseitigen.

Wir danken Dir für Deine Unterstützung und bitten um Kritik.

Redaktion « radikal »

Arbeitskreis für Publizistik

Peter Bischoff Hans Gellhardt

Klaus Henseler Harald Kerbs

Günter Mayer Elke Sahnwald

Barbara Teller

Der Landesverband Berlin teilt sich in drei Fraktionen, die verschiedene Ansichten über die innerverbandliche politische und pädagogische Arbeit vertreten.

Zur Situation des Landesverbandes

Die sog. Rechten

Die erste Fraktion, die sog. Rechten, sind zu einer ständig schrumpfenden Sekte herabgesunken, die es vermeidet, mit dem Landesvorstand oder der SPD in Gegensatz zu geraten. Ihre politischen Vorstellungen gipfeln in dem Wunsch nach sozialdemokratischen Regierungen und einer Innenpolitik nach schwedischem Beispiel. Sie sind also für die Beibehaltung einer Klassengesellschaft.

Da sie keine bedeutenden Äußerungen in pädagogischen und politischen Fragen von sich geben, ist es müßig, über sie noch ein Wort zu verlieren.

Die ehemaligen Linken

Die zweite Fraktion, die ehemaligen Linken, nimmt seit Jahren im Landesvorstand die leitenden Funktionen ein. Sie stehen in einem ständigen Konflikt, da ihre Verpflechtung von Partei- und Falken-Funktionen es ihnen unmöglich macht, ihren theoretischen Einsichten zu folgen.

Die ehemaligen Linken und der Verband wurden geführt von einem inoffiziellen „Rat“, in dem alle Belange des Verbandes diskutiert und die gemeinsame Politik abgesprochen wurde. Der „Rat“ bestand aus etwa zehn Mitgliedern.

Einer Forderung der jungen Linken (der 3. Fraktion) nach breiterer innerverbandlicher Diskussion und Information wurde erst in dem Moment stattgegeben, als der „Rat“ wegen innerer Spannung auseinanderzubrechen drohte. Ein sog. Beratungskreis wurde geschaffen, der lediglich zweimal tagte. Zudem war der Beratungskreis eine Farce, weil seine Mitglieder über wesentliche innerverbandliche Probleme nicht unterrichtet wurden. Das von uns geforderte Diskussions- und Informationsgremium ist also noch immer nicht geschaffen worden.

Die aussageschwache politische Arbeit der ehemaligen Linken formt die Berliner Falken zu einem Verband, dessen höchstes Ziel gut besuchte Zeltlager sind. Ihre pädagogische Erfahrung wird nicht in unserem Verband praktiziert und sozialistische Grundsätze werden ständig verraten. Beispielhaft hierfür dürfte die Differenzierung zwischen Helfer- und Bürgermeisteressen in Callantsoog I sein, die mit „Pädagogik“ begründet wird. Hier ist

der wohl einmalige Fall eingetreten, daß sich Pädagogen „pädagogisch“ behandeln. Diese Haltung ist aber durchaus verständlich: Das Bürgermeisteressen war gegenüber dem Helferessen weitaus besser.

Ein weiteres Charakteristikum einiger ehemaliger „Rats“-Mitglieder ist, daß sie jahrelang keine Nachwuchskräfte für den Landesvorstand herangezogen haben. Hierbei ist erfreulich zu bemerken, daß ihre verbandsinterne Macht im Schwinden ist.

Ihr Abgang wird selbstverständlich damit begründet werden, daß „sie nun zu alt seien, und jüngere Kräfte ihre Arbeit weiterführen sollten“. Wenn die ehemaligen „Rats“-Mitglieder nicht nur im Verband die Funktionen um der Funktionen willen besetzen, sondern um politisch-sozialistische Erziehungsarbeit zu leisten, sollten sie rechtzeitig jüngeren Genossen die Möglichkeit geben, sich in die Verbandsarbeit einzuarbeiten, damit nach ihrem Rücktritt unser Landesverband nicht auseinanderfällt.

Die jungen Linken

Die dritte Gruppe ist ein Kreis junger Linker aus allen Bezirken, deren Ziel es ist, dem Verband politisches Profil zu geben und im Verband politisch wirksam zu werden.

Um dem Verband wieder ein politisches Gesicht zu geben, müssen opportunistische Genossen aus den leitenden Funktionen entfernt werden, da diese jegliche sozialistische Politik und damit einen Neubeginn in unserer Verbandsarbeit behindern. Die junge Linke ist der Meinung, daß wenn wir jemals eine gesellschaftliche Veränderung erreichen wollen, unser Verband politisiert werden muß, und zwar bewußt sozialistisch.

Um dies zu erreichen, müssen alle Kräfte auf die politische Erziehungsarbeit konzentriert werden, und nicht wie bisher auf Zeltlager. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß Zeltlager durchgeführt werden, sie sollen nur nicht der Angelpunkt unserer gesamten Arbeit sein.

Die junge Linke tritt ferner dafür ein, daß alle interessierten Mitglieder sich über die Belange unseres Verbandes unterrichten können.

Ein weiteres Ziel der jungen Linken ist es, unseren Verband zu demokratisieren, d. h. Mitbestimmung aller Funktionäre bei wichtigen Entscheidungen.

Die Solidarität mit den in ihrer persönlichen Freiheit bedrohten Menschen auf Grund ihrer politischen Aussage darf ebenfalls nicht nur diskutiert werden, sondern muß aktiver Unterstützung weichen. Eine Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen

ist unerläßlich und muß ausgebaut werden, soweit wir in Teilzielen mit ihnen übereinstimmen.

Das erfordert eine ständige theoretische Auseinandersetzung mit allen gesellschaftlichen Erscheinungen. Die theoretische und praktische Vorbereitung einer sozialistischen Umgestaltung verlangt eine Erziehung der jungen Menschen zu gesellschaftlichem Denken.

Wir sind ein Teil der internationalen sozialistischen Bewegung. Dieser Bewegung gerecht zu werden, muß unsere Aufgabe sein.

* * *

Das Arbeitsmaterial der Delegierten und Teilnehmer der 16. Landeskongress zeigte ein zwiespältiges Bild. Es gab bis auf eine allerdings wichtige Ausnahme — die Ostermarschfrage — keinen Antrag, dem nicht die Mehrheit auf der Konferenz zustimmen würde. Ganz anders sah es bei den Personenvorschlägen für den neuen Landesvorstand aus. Hier hatten sich von acht Kreisen, die sich zur Person des ersten Vorsitzenden äußerten, vier für eine nochmalige Kandidatur Harry Ristocks ausgesprochen: Tiergarten, Wedding, Schöneberg und Tempelhof.

Auffallend war hierbei — und auf der Konferenz zeigte sich das noch öfter —, daß die Gegner Alfred Gleitzes (als Kandidat für den 1. Landesvorsitzenden) fast ohne Ausnahme zur jüngeren Generation gehörten, dem „Rat“ entweder nicht angehörten, oder wie Gunther Soukup in ihm nicht mehr mitgearbeitet hatten.

Parallel zur Frage des 1. Landesvorsitzenden, mit dem die Frage des 2. Vorsitzenden eng verknüpft war, zeigten sich bei der Wahl des Landeskassierers die gleichen Spannungen, die sich im Ergebnis des ersten Wahlganges so niederschlugen: Ernst Fröbel erhielt 45 Stimmen, während Irmgard Berg 47 Stimmen erhielt. Keiner der beiden Kandidaten erhielt die notwendige Mehrheit.

Vor dem zweiten Wahlgang ging Ristock noch einmal durch die Reihen, ermahnte einige Schwankende und Abtrünnige und das Ergebnis sah danach so aus: Ernst Fröbel wurde mit 52 Stimmen gewählt.

Es besteht ein deutliches Mißtrauen denen gegenüber, die in der Vergangenheit im Verband herrschten, die untereinander die wichtigsten Funktionen im Landesverband austauschten, die auf dem Gebiet der politischen Bildung und der politischen Aussage zu oft bei unverbindlichen Deklamationen blieben,

Bemerkungen zur Landeskongress

die andererseits Zeltlager mit 1 500 Teilnehmern organisier-
ten (1962 und 1963 gegen erheblichen Widerstand aus Mit-
gliederkreisen),
die schließlich verbandseigene Heime verwalten,
ohne daß die Masse der Mitglieder davon irgendwelche Vorteile
hat.

Ohne die Formalien der Demokratie zu verletzen, hatte man
den Verband Jahre hindurch gemanagt. Dagegen versuchte auf der
16. Jahres-Landeskonferenz ein beträchtlicher Teil der Delegierten
zu arbeiten — mit den gleichen Mitteln. Es sollte ein Einbruch in
die feste Phalanx der Herrschenden versucht werden.

P.S. Nach dem Landesparteitag der SPD . . .

Die Bilder gleichen sich zum Verwechseln. Hier wie da gibt es
eine Nachfolgekrise. Hier wie da wird in der linken Kritik deut-
lich zwischen dem alten Landesvorsitzenden und seiner Umgebung
unterschieden. Hier wie da soll der Kern der Kritik den Landes-
vorsitzenden auch treffen, er hat sich ja seine Umgebung selbst
ausgesucht.

* *
*

Junge Gemeinschaft nicht auf klarem Kurs

Unsere Bundeskonferenz fand vom 23.—26. Mai 1963 im „Gesellschaftshaus“ in Bielefeld statt. Es standen dort wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Sie waren sogar so wichtig, daß sie unsere Möglichkeiten politischer Arbeit entscheidend beeinflußt hätten, wären sie angenommen worden.

Zur Debatte standen einerseits Fragen, die die Organisation unseres Verbandes betrafen, andererseits unsere Stellung zu den bedeutenden politischen Fragen der Gegenwart.

Es ist eine altbekannte Wahrheit, daß immer dann Demokratie eingeschränkt werden soll, wenn eine mit besseren Argumenten ausgestattete Minderheit in einer Gruppierung oder in einem Staat, Unruhe hervorruft.

So war es auch hier. Mit Hilfe eines neuen Programms, einer neuen Satzung, eines Verbandsordnungsverfahrens und einer Veränderung der Struktur des Verbandes sollte dieses Ziel erreicht werden. Die Stellung des Bundesvorstandes sollte derart gestärkt werden, daß kaum Raum für eigene politische Initiative in den einzelnen Bezirken geblieben wäre und es jederzeit im Belieben des

Bundesvorstandes gestanden hätte, einzelne Mitglieder oder Verbandsgliederungen aus den Falken hinauszuerwerfen.

Das Zahlenverhältnis zwischen den rechten und linken Bezirken auf der Konferenz war für die Linken denkbar ungünstig. Von 150 Delegierten gehörten etwa 45 zur Linken, der Rest zur Rechten. Da also die Linke nicht einmal $\frac{1}{3}$ der Stimmen hatte, um satzungsändernde Beschlüsse zu verhindern, erwarteten wir Berliner mit gemischten Gefühlen den Verlauf der Konferenz.

Grundsatzserklärung

Die Debatte über ein Programm für den Verband wurde auf Beschluß der Konferenz abgesetzt. Stattdessen begnügte man sich mit dem Aufstellen von Grundsätzen, die natürlich nicht die Bedeutung eines Programms besitzen. Erfreulich war hierbei, daß auf Antrag Berlins in die Grundsätze ein Abschnitt aufgenommen wurde. In diesem Abschnitt wurde „die Erweiterung der Mitbestimmung für alle Arbeitnehmer . . .“ und „die ungeteilte, den wirtschaftlichen Bereich einschließende Demokratie ist die unbedingte Voraussetzung für eine gerechte und humane Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“ gefordert.

Struktur

Die Struktur des Verbandes sollte so geändert werden, daß der SJ-Ring nur noch die Jugendlichen von 18—25 Jahren und der Rote-Falken-Ring nur noch die Altersstufe von 15—17 Jahren umfassen sollte. Zweck dieses Antrags sollte sein, die Kinderarbeit zuungunsten der SJ-Arbeit zu verstärken und damit eigene politische Initiative des geschwächten SJ-Ringes zu verhindern. Außerdem hätte man mit einer Altersbegrenzung nach oben alle mißliebigen Mitglieder aus den Verband entfernen können.

Satzung

Es glückte auch, die Verabschiedung eines neuen Verbandsordnungsverfahrens (VOV) zu verhindern. Die Konferenz einigte sich darauf, daß das gegenwärtig geltende VOV bis Ende des Jahres in Kraft bleiben solle und bis dahin eine Kommission, die auf der Konferenz gewählt wurde, ein neues Verfahren zu erarbeiten habe. Der Bundesausschuß beschließt dann ohne Beteiligung der Bundesvorstandsmitglieder mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit das VOV. Von

der nächsten Bundeskonferenz muß das VOV dann bestätigt werden.

Die politischen Anträge

Zur Außenpolitik lagen Anträge hinsichtlich Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und zu Jugoslawien, hinsichtlich der Verurteilung der Verbrechen in Franco-Spanien und hinsichtlich des sog. Deutsch-Französischen Vertrages vor.

Die Anträge betr. Polen, Jugoslawien und Franco-Spanien wurden von der ausschließlich rechten Redaktionskommission „entschärft“ und alternativ zu den ursprünglichen Fassungen zur Abstimmung gestellt. Die aussageschwachen Anträge der Redaktionskommission wurden wie erwartet angenommen.

Die Diskussion um die schwierige Problematik der Notstandsgesetzgebung wurde durch „Antrag auf Schluß der Debatte“ abgewürgt. Leider machte die Konferenz sich die Meinung des Bundesvorstandes zu eigen, der für eine Notstandsgesetzgebung, modifiziert durch „Sicherungen“ eintritt.

Ferner bekräftigten die Delegierten den Beschluß des Bundesausschusses, der die aktive Förderung des Ostermarsches mit der Mitgliedschaft bei den Falken für unvereinbar erklärt. Allerdings stimmte jeweils eine beachtliche Minderheit nämlich 55 und 60 Delegierte, gegen die Anträge, so daß der Bundesvorstand weiterhin mit einer beträchtlichen Opposition zu rechnen haben wird.

junge gemeinschaft

Es waren Bestrebungen im Gange, die „junge gemeinschaft“ und „Klarer Kurs“, die Zeitschrift der Jungsozialisten, zusammen zu legen. Bei der Behandlung dieser Frage wurde der Bundesvorstand regelrecht überfahren: die Konferenz beschloß, eine Änderung der Erscheinungsweise könne nur von ihr beschlossen werden.

Wahlen

Für den 1. und 2. Bundesvorsitzenden kandidierten Horst Zeidler und Horst Koffke. Beide wurde ohne Gegenkandidaten wiedergewählt. Als einziger Berliner kandidierte Peter Weiß für die Bundeskontrollkommission und wurde gewählt.

Fazit

Die Verlierer dieser Bundeskonferenz waren eindeutig die Rechten, obwohl sie eine ziemlich große Mehrheit besaßen: das Verbandsordnungsverfahren wurde vorläufig beibehalten, die Struktur wurde nicht verändert und das Programm wurde durch eine Grundsatzerklärung ersetzt. Die wenigen Linken unterlagen dafür bei den Ostermarsch- und Notstandsanträgen und stellen nur noch ein Mitglied in der Bundeskontrollkommission.

* * *

Volker von Törne

Anfrage

Wer kommt in Rauch und Blech daher?
Wer zähmt sich die Zyklopen?
Wer löscht den großen Brand mit Teer?
Wer mäst und pökelt Popen?

Wer hockt dem Nachtmahr huckepack?
Wer ist dem Wind zu willen?
Wer steckt die Sonn in einen Sack?
Wer fängt sich meine Grillen?

Wer schließt mich in den Hungerturm?
Wer schlachtet meine Katze?
Wer hängt sie in den Wirbelsturm
mit abgeschnittener Tatze?

Wer wirft mein Herz, den Knallbonbon?
in großer Fische Rachen?
Wer schießt mit meinem Luftballon
auf Engel und auf Drachen

Wer ists, der Mond und Sterne zinkt?
Wer kauft sich die Kometen?
Wer ists, der durch den Himmel hinkt
und lehrt die Kinder beten?

Die Württembergische Erklärung

Nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisse über die Anträge bezüglich des „Ostermarsches“ und der „Notstandsgesetzgebung“ auf der Bundeskonferenz gab der Delegierte Lothar Präger aus dem Bezirk Württemberg folgende Erklärung ab:

Die Bundeskonferenz als oberstes Gremium der Sozialistischen Jugend Deutschland „Die Falken“ hat heute in zwei politischen Fragen Entscheidungen gefällt, die in krassem Gegensatz zu dem stehen, was wir als unabdingbare Bestandteile der sozialistischen Jugendarbeit im heutigen Zeitpunkt halten: Der kompromißlose Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung und gegen die atomare Bewaffnung.

1. Zur Frage der Notstandsgesetzgebung wurde ein Antrag angenommen, der zwar nicht in Worten, aber in der praktischen Folgerung eine Zustimmung zu einer modifizierten Notstandsgesetzgebung beinhaltet. Dieser angenommene Antrag wendet sich somit auch gegen den Beschluß des Gewerkschaftstages von Hannover, wo sich eine Zweidrittelmehrheit gegen jede Notstands- und Notdienstgesetzgebung ausgesprochen hatte. Wir sehen in der Annahme jeder Art von Notstandsgesetzen eine eminente Gefahr für die Demokratie und für die weitere Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Deutschland.

2. Durch die Entscheidung in der Frage der Ostermärsche hat sich die Bundeskonferenz von der wichtigsten demokratischen Bewegung distanziert, die zur Zeit in der Bundesrepublik und in verschiedenen Ländern der westlichen Welt gegen die atomare Rüstung in Ost und West besteht.

Wir haben nicht erwartet, daß sich die SJD „Die Falken“ mit der Ostermarschbewegung identifiziert. Wir haben uns daher bemüht, Vorschläge zu machen, die weitestgehende Konzessionen darstellten. Die Mehrheit hat diese Vorschläge abgelehnt.

Wir betrachten es als unzulässigen Eingriff in die persönliche Entscheidungsbefugnis unserer Mitglieder, wenn es dem Mitglied nicht als einzelne Person möglich ist, nach seinem Ermessen in dieser Bewegung mitzuarbeiten, einer Bewegung, die prinzipiell im Sinne dessen handelt, was wir als Sozialistische Jugend seit unserer Gründung vertreten haben.

Wir erklären dies als gewählte Delegierte des Bezirks Württemberg. Wir werden es einer Bezirkskonferenz überlassen, darüber zu beraten und zu entscheiden, was sich aus dieser neuen Situation für unser Verhältnis zum Bundes-

vorstand der SJD „Die Falken“ ergibt. Wir werden uns bemühen, daß diese Beratungen in größtmöglicher Sachlichkeit erfolgen und das Mitglieder des Bundesvorstandes Gelegenheit erhalten, dort den Standpunkt der Mehrheit der Bundeskonferenz zu vertreten.

Spontan haben sich dieser Erklärung der Bezirk Mittelrhein, der Landesverband Bremen, die Mehrheit des Bezirks Westfalen-Ost und eine größere Anzahl Delegierter des Landesverbandes Berlin angeschlossen.

* *
*

Ursprünglich sollte dies eine Glosse werden. Wir hatten nämlich in Bielefeld während der Bundeskonferenz auch eine 100-Jahrfeier. Dabei wirkten unter anderem die Gemischten Chöre des Deutschen Allgemeinen Sängerbundes und Erich Ollenhauer, MdB und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, mit.

Wir hatten uns gedacht, diese Veranstaltung wäre gerade gut genug, von uns voller Hohn, oder zumindest mit Ironie, behandelt zu werden. Es hätte dann wieder einmal der „geistige Verfall“ der SPD nachgewiesen werden können.

Aber trotz aller Mühen wollte es uns nicht gelingen. Hohn und Ironie brachten wir nicht zustande. Trotzdem ist die SPD immer noch ein Teil von uns. Wir sagen nicht, die SPD könne sich so regenerieren, daß sie bei einer Verschärfung des sozialen Klimas für längere Zeit Schrittmacher mit dem Ziel einer gesellschaftlichen Umgestaltung sein könne. Aber sie ist deshalb ein Teil von uns, weil die SPD zur Zeit die einzig wirksame politische Kraft ist, die einer weiteren Aushöhlung der Demokratie wirksam Widerstand leisten kann.

Wir hätten so viele Ansatzpunkte für unsere Glosse gehabt. Die Rede des Genossen Ollenhauer, der zwar Bismarck aber nicht Marx, der zwar Noske aber nicht Engels, erwähnte.

Oder als Ollenhauer beschwor, die SPD wäre nach 100 Jahren immer noch eine junge Partei, konnten wir vom Rang gut auf die Unzahl alter Leute im Parkett schauen, deren Glatzen das Licht widerspiegelte.

Wir hätten mit Sätzen aus dem Godesberger Programm aufwarten können, das Ollenhauer als „großartige geistige Leistung“

Bielefelder Elegie

lobte. Diese Hochstapelei hätte durch „Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“, leicht entlarvt werden können.

Ursprünglich sollte dies eine Glosse werden, aber während der Feier ist uns das Lachen vergangen.

* * *

100 Jahre Sozialdemokratie

In dieser kurzen kritischen Betrachtung greifen wir einige Punkte der Veröffentlichungen der Partei zum 100-jährigen Jubiläum heraus. Das soll nicht heißen, daß wir mit anderen Teilen dieser Darstellungen übereinstimmen.

Allen Darstellungen ist eigentümlich, daß die Geschichte im Lichte der heutigen Auffassung gesehen wird. Perioden mit anderen Auffassungen werden als vom eigentlichen abweichend dargestellt. So erscheint die Geschichte der SPD als ein hundertjähriger Läuterungsprozeß, der heute abgeschlossen ist.

In der parteioffiziellen Geschichtsschreibung kann man zwei Standpunkte erkennen: Einmal den der „ethischen Sozialdemokraten“ und den der „Sozialliberalen“. Die ethischen Sozialdemokraten, etwa Willi Eichler („100 Jahre Sozialdemokratie“), machen aus den konkreten Kämpfen der Arbeiterbewegung einen Kampf für abstrakte Prinzipien. Einen Kampf, der niemals abgeschlossen werden könnte, „denn es wird keine Gesellschaft geben, die schlecht hin freiheitlich und gerecht geordnet ... ist“.

Niemand bestreitet, daß es eine Gesellschaft geben könnte, in der die Entwicklung abgeschlossen ist. Nur, davon ausgehend, daß ein „Endziel“ nicht zu erreichen ist, sondern durch ein Prinzip, welches durch die Aktivitäten wirkt, ersetzt werden soll, macht man sich unabhängig von diesem Ziel und gibt dem Prinzip dem jeweiligen Gesellschaftskräfteverhältnis angepaßte Inhalte.

Am Beispiel des Vortrags Prof. Löwenthals auf der 100-Jahrfeier der Berliner SPD, können wir den Standpunkt der „Sozialliberalen“ aufzeigen. Er reduzierte Sozialismus auf drei Punkte, die die Kontinuität der Arbeiterbewegung ausmachen würden. Nämlich: „Die Emanzipation einer Klasse, die allgemeine Demokratisierung des Staates und die Benutzung dieses Staates für die gesellschaftliche Kontrolle der modernen Produktion“.

Bei Prof. Löwenthal ist die Emanzipation der Arbeiter vollzogen, die staatliche Kontrolle über die Produktion fast erreicht

und die Demokratisierung des Staates dann, wenn die SPD mit in der Regierung ist.

Solange das „Erfurter Programm“ galt (bis 1922), waren diese Punkte nicht Ziel der SPD; sie waren es auch nicht im „Prager Manifest“ von 1934. („Die sozialdemokratische Taktik ist allein bestimmt durch das Ziel der Eroberung der Staatsmacht, ihrer Festigung und Behauptung zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft“).

Zu dem ersten Punkt: Nicht nur für die Emanzipation der Arbeiterklasse wurde gekämpft, sondern für eine freie Gesellschaft überhaupt. Für eine Gesellschaft ohne Klassen und Herrschaft.

Zu dem zweiten: Zumindes im marxistischen Teil der SPD hieß die Forderung nicht Demokratisierung des bestehenden Staates, sondern Verwandlung der Gesellschaft in eine, die der herkömmlichen Staat immer weniger benötigte.

Zum dritten: Es hieß nicht Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat, sondern Sozialisierung der Betriebe, so verstanden, daß sie genossenschaftlich von den Produzenten verwaltet werden sollten.

Den zynischsten — vom Verfasser sicher ehrlich gemeinten — Beitrag lieferte Dr. Immanuel Geiss in der „jungen gemeinschaft“: Da wird die SPD „als wertvoller Stabilisierungsfaktor“ in der jüngsten deutschen Geschichte gefeiert. Oder: „Zwar stand die SPD-Führung immer an der Spitze demokratischer Bewegungen, aber stets mit dem Ziel, sie unter Kontrolle zu halten. Schien die Massenbewegung in Massenaktionen und weiter in revolutionäre Bahnen einzumünden, brach die SPD die jeweilige Aktion ab und ersparte so ihren eigenen Anhängern wie auch den Vertretern der etablierten Macht den gewaltsamen Zusammenstoß mit unübersehbaren Folgen“.

* *
*

Der Arbeitskreis für Publizistik veranstaltet in Verbindung mit dem SJ-Ring Kreuzberg und dem SJ-Ring Steglitz Anfang September ein Wochenendseminar über die ČSSR. Ebenfalls im September findet die erste Leserversammlung der „radikal“ statt. Im Monat Oktober führt der Arbeitskreis ein Wochenendseminar über die Geschichte der Arbeiterlieder durch.

Kalendarium

**Die Suppe ist eingebrockt:
wir werden nicht hungern.**

**Wasser steht uns am Hals:
wir werden nicht dürsten.**

**Sie spielen mit dem Feuer:
wir werden nicht frieren.**

Für uns ist gesorgt.

Volker von Törne

* *
* *

Buchbesprechung

„Wenn man mich fragt, ob die Unterscheidung von Rechts- und Links-Parteien, von rechten und linken Männern noch einen Sinn habe, so ist mein erster Gedanke, der so fragt, ist bestimmt kein Mann von links“.

Diesen Satz stellt Horst Krüger einem Buch — besser einer Diskussion in Buchform — voraus, die eine Reihe prominenter linker Meinungen aufzeigt:

Horst Krüger: Was ist heute links?

List-Taschenbuch Nr. 241. 1963. 2,20 DM.

Begonnen hatte die Diskussion nach einem Aufsatz Horst Krügers im Monat (Nr. 157, 159, 161). Fortgesetzt wird sie nun im Taschenbuch mit einer Reihe höchst gegensätzlicher Diskussionsbeiträge. So bezweifelt etwa Rolf Dahrendorf den Sinn einer Einteilung in links und rechts. Er sieht keine wesentlichen sozialen Probleme mehr in der Gegenwart, Gegenpol dazu ist schon die Überschrift des Beitrages von Hans Heinz Holz: „Die verschleierte Klassengesellschaft“.

Diese beiden Standpunkte zeigen eine wesentliche Fragestellung für alle Autoren (nicht alle beantworten sie dann allerdings): Wie halte ich es mit der modernen Industriegesellschaft in West-Europa? Ist sie eine mit kleinen — zu korrigierenden — Mängeln behaftete Wohlfahrtseinrichtung, oder ist sie — lediglich modifizierte, verschleierte Klassengesellschaft..

Nur von der zweiten Position aus hat die von Horst Krüger formulierte Grundidee der Linken, „die Idee des sozialen Fortschritts“ wirklich Sinn.

Das Buch wird reichhaltig dadurch, daß einzelne Aspekte der Linken in den verschiedenen Beiträgen untersucht werden. Marianne Regensburger etwa geht der Bedeutung des Wortes „links“ nach. Heinrich Böll und Reinhard Baumgart beschäftigen sich mit den linken Schriftstellern. Wolfgang Abendroth und Gerhard Zwerenz fragen nach der Wirkungsmöglichkeit der Linken heute. Während Abendroth eine Anlehnung an die Gewerkschaften für das einzige Mittel politischer Wirksamkeit hält, hat Zwerenz einen anderen Blickwinkel. Er will „den dritten Weltkrieg im Vorzimmer sabotieren, bei Funk, Fernsehen, Film, Presse, Theater usw.“

Es werden also in diesem Buch Fragen angeschnitten, deren Beantwortung auch für das Selbstverständnis unseres Verbandes wichtig und notwendig sind. Schon deshalb lohnt sich die Frage: was ist heute eigentlich links?

* * *

Denn die Linke ist — und das ist ihre unveränderliche und unerläßliche, wenn auch ungenügende Eigenschaft — eine Bewegung, welche die vorgefundene Welt negiert. Aus dem eben Angeführten ersieht man jedoch, daß sie dadurch eine konstruktive Tätigkeit ist, einfach das Streben nach Veränderung.

Daher weist die Linke den Vorwurf zurück, den man ihr manchmal macht: sie sei nur eine Negierung und kein konstruktives Programm. Sie kann sich mit Vorwürfen auseinandersetzen, die sich auf die eventuelle Schädlichkeit oder den eventuellen Nutzen beziehen, die aus der von ihr vorgeschlagenen Negierung erwachsen; sie kann sich auch mit der konservativen Haltung auseinandersetzen, d. h. mit jener Haltung, die danach strebt, den bestehenden Zustand in unveränderter Form beizubehalten. Aber sie wird sich nicht mit dem Vorwurf auseinandersetzen, daß sie ausschließlich eine Negierung sei, denn jedes konstruktive Programm bedeutet eine Negierung und umgekehrt. Eine Linke, die kein konstruktives Programm besitzt, könnte auch keine Negierung sein, denn diese beiden Ausdrücke bedeuten das gleiche. Der Mangel an Programm ist gleichzeitig ein Mangel an Negierung, daß heißt das Gegenteil von Linkssein, daß heißt Konservatismus.

Wir studieren

Hier wie dort ist die Linke frei von sakralen Gefühlen. Keine der vorgefundenen geschichtlichen Situationen wird von ihr als heilig empfunden. Die Linke ist die Haltung des permanenten Revisionismus gegenüber der Wirklichkeit — für die Rechte ist der Opportunismus gegenüber der bestehenden Welt charakteristisch. Die Rechte ist der Ausdruck des Beharrens bei der geschichtlichen Wirklichkeit — deswegen ist die Rechte ebenso ewig wie die Linke.

Hier wie dort strebt die Linke danach, ihre Perspektiven auf die Erfahrungen der Geschichte und ihre Entwicklungstendenz zu stützen, während die Rechte vor der augenblicklichen Situation kapituliert. Daher kann die Linke eine politische Ideologie — die Rechte aber nur eine Taktik haben.

(aus: „Der Mensch ohne Alternative“
von Leszek Kolakowski. Piper-Verlag 1961.
2. Auflage. 9,80 DM)

* *
*

Randnotizen von ...



Eugen wüßte gern etwas über Taktik. Eugen will an einem Beispiel aufzeigen, weshalb er eine solche Frage stellt. Es gibt da einen gewissen Genossen, der

- a) in Berlin behauptet, er wäre gegen den Ostermarsch: Und zwar aus grundsätzlichen und aus taktischen Gründen;
- b) in Bielefeld die Ansicht vertritt, er wäre zwar gegen Ostermarsch, würde aber aus taktischen Gründen dafür stimmen und
- c) in Polen sagt, er wäre zwar grundsätzlich für Ostermarsch, lediglich aus taktischen Gründen würde er dagegen sein.

Der geneigte Leser hat, so hofft zumindest Eugen, Verständnis für die Verwirrung, die sich in dem armen Schädel Eugens breitmacht. Eugen fragt sich: Welche der drei Äußerungen entspringt denn nun der Taktik? — Oder sind etwa alle drei Stellungnahmen taktisch?

Wie **Eugen** kurz vor Redaktionsschluß erfuhr,

wird die „Stätte der Begegnung“ (im Volksmund „Villa Dittner“ genannt), nicht nur bundesrepublikanischen Jugendgruppen zur Verfügung stehen, sondern demnächst auch Berliner Falken.

... und im übrigen ist Eugen der Meinung, daß aus unserem Verband kein Mehrwert geheckt werden darf.

An unsere Leser

Zur Situation des Landesverbandes

Bemerkungen zur Landeskonzferenz

Junge Gemeinschaft nicht auf klarem Kurs

Anfrage

Die Württemberger Erklärung

Bielefelder Elegie

100 Jahre Sozialdemokratie

Amtliche Mitteilung

Buchbesprechung

Studium

Randnotizen von Eugen

Inhalts- verzeichnis

Die beiden Gedichte von Volker von Törne sind mit freundlicher Genehmigung des Ansgar Skriver Verlags der Sammlung « Fersengeld » entnommen.

„radikal“ erscheint zweimonatlich, herausgegeben vom Arbeitskreis für Publizistik im Landesverband Berlin der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“. Der Redaktion gehören an: Peter Bischoff, Hans Gellhardt, Klaus Henseler, Günter Mayer, Harald Kerbs, Elke Sahnwald und Barbara Teller. „radikal“ wird gedruckt in der Offizin des Arbeitskreises, Berlin 62. Zuschriften an: Klaus Henseler, Berlin 41, Bismarckstraße 10.